

Räumung ausgesetzt

Heimstätte will Beschwerde einlegen

Die Frankfurter Mieterin, deren Wohnung in Niederrad nach Willen der Nassauischen Heimstätte am 27. September zwangsgeräumt werden sollte, darf nun zumindest bis Ende Dezember bleiben. Das hat nach Angaben des Wohnungsunternehmens und von Initiativen jetzt das Amtsgericht entschieden. Die Nassauische Heimstätte, die zu 61 Prozent dem Land, zu 27 Prozent der Stadt gehört, kündigte an, dagegen Beschwerde einzulegen. Sie wirft der Mieterin vor, die energetische Sanierung und Modernisierung ihrer Wohnung verweigert zu haben. Ihre inzwischen verstorbene Mutter und sie hätten auch keine Ersatzwohnung akzeptiert. Mit ihrer ablehnenden Haltung verhindere die Mieterin auch eine Aufstockung, heißt es.

Mieterin Gabrielle Kinatader sieht sich als Opfer von Schikane. Sie werde „systematisch fertiggemacht“, beklagte sie jüngst im Gespräch mit der FR. Die Linke im Römer will den Magistrat in einem Antrag aufordern lassen, über den Aufsichtsrat der Heimstätte darauf hinzuwirken, dass die Kündigung zurückgenommen wird. Die Initiative „Stadt für alle“ hatte für 27. September zum Protest gegen die Räumung aufgerufen. Die Kundgebung wird nun zunächst verschoben. **cm**

VOR ZEHN JAHREN

Alles im Zeichen der Wahlen

Ein kurzer Blick in die FR vom 21. und 22. September 2013

Der FR-Reporter ist in Sorge. So knapp scheint der Ausgang der am Sonntag anstehenden Bundes- und hessischen Landtagswahlen, dass er fürchtet, die Parteien könnten ihm sogar beim morgendlichen Brötchenkauf beim Bäcker „auflauern“ und mit Wahlwerbung belästigen. Die Parteien wetteiferten mit dem Einsatz von Menschen, Material und Geld, schreibt er vor zehn Jahren. Bis zu 500 Helferinnen und Helfer mobilisierte die CDU in den letzten Stunden des Wahlkampfes, so der damalige Kreisgeschäftsführer Christian Wernet. 140 000 Euro steckte die Partei in den Doppelwahlkampf. Die SPD könne da nicht mithalten, so die FR. Weil: „Sie verfügt über etwa 100 000 Euro für beide Wahlkämpfe“, gibt Geschäftsführer Andreas Heusinger von Waldege an. 300 Aktive helfen beim Ausgeben. Es zeige die Entschlossenheit der Grünen, so die FR, dass sie ebenfalls 100 000 Euro ausgeben. Wahlkampfmanagerin Lena Witte stütze sich auf 200 Hilfskräfte. Das Ergebnis: Die CDU gewinnt im Bund und im Land, da aber knapper. Daraus ergibt sich die erste schwarz-grüne Koalition in einem bundesdeutschen Flächenland. **sky**

Anders leben als im 08/15-Grundriss

Infobörse für gemeinschaftliches Wohnen

Das Netzwerk Frankfurt für gemeinschaftliches Wohnen lädt für den morgigen Samstag wieder zu einer Infobörse zum Thema ein. Die Veranstaltung im Planungsdezernat, Kurt-Schumacher-Straße 10, beginnt um 10 Uhr mit einem Grußwort von Planungsdezernent Marcus Gwechenberger (SPD) und einem Vortrag der Kasseler Architektur-Professorin Gabu Heindl. Anschließend soll es vier Workshops geben, bevor sich von 13 Uhr an Projekte, Initiativen und Organisationen aus dem Bereich gemeinschaftliches und genossenschaftliches Wohnen an Infoständen präsentieren.

Der Wunsch, in Gemeinschaften zu leben und nach Wohnformen jenseits von Drei-Zimmer-Küche-Bad für die

Kleinfamilie, ist groß, das Angebot aber sehr gering. Immerhin unterstützt die Stadt gemeinschaftliche Projekte sehr, etwa indem sie ihnen Flächen nach bestem Konzept statt Höchstpreis vergibt. „Solche Projekte beleben Quartiere und schaffen langfristig bezahlbaren Wohnraum“, begründet das Gwechenberger. „Das ist entscheidend für eine zukunftsorientierte Stadtplanung, die sozial und klimagerecht ist.“ Für die geschäftsführende Leiterin des Netzwerks, Birgit Kasper, zeigen gemeinschaftliche Wohnprojekte, „wie eine Stadt abseits von eintöniger Investoren-Architektur und 08/15-Grundrissen aussehen kann“. **cm**

Mehr unter frankfurt.de/infoboerse

Wirtschaft wählt

Neue IHK-Vollversammlung wird bestimmt

Etwa 104 000 Unternehmen aus Frankfurt, dem Hochtaunus- und dem Main-Taunus-Kreis können Anfang kommenden Jahres bestimmen, wer der nächsten Vollversammlung der Industrie- und Handelskammer (IHK) Frankfurt angehören soll. Das 89-köpfige Parlament der Wirtschaftskammer beschließt deren Haushalt und trifft Richtungsentscheidungen. Es bestellt zudem den Hauptgeschäftsführer oder die Hauptgeschäftsführerin und wählt aus seinen Reihen das Präsidium, das aus Präsident oder Präsidentin sowie bis zu neun weiteren Mitgliedern besteht.

Noch bis Montag, 25. September, können Wahlvorschläge beim Wahlausschuss der IHK eingereicht werden. Nach dem 9. Oktober sollen nach Auskunft der IHK die Kandidatenlisten auf ihrer Homepage zu

finden sein. Die eigentliche Wahl, bei der per Brief oder elektronisch abgestimmt werden kann, beginnt am 18. Januar und endet am 20. Februar 2024. Jeder Mitgliedsbetrieb, von der Commerzbank bis zur selbstständigen Einzelhändlerin, hat eine Stimme. Gewählt wird in zwölf Wahlgruppen, die mit einer unterschiedlichen Anzahl von Sitzen vertreten sein werden. Für die Industrie ziehen elf Menschen in die Vollversammlung ein, für den Einzelhandel sieben, für die Versicherungsbranche nur eine Person.

Im Mai 2019 hatte die Vollversammlung den früheren CDU-Landtagsabgeordneten Ulrich Caspar zum Präsidenten gewählt. Der hat bislang nicht öffentlich mitgeteilt, ob er noch einmal antritt. Auch andere Kandidat:innen für das Ehrenamt sind bisher nicht bekannt. **cm**

Chance für eine bessere Behandlung

35 Praxen tauschen sich im Gesundheitsnetz Frankfurt über Therapie- und Qualitätsstandards aus

VON STEVEN MICKSCH

Für Christiane Kunz ist die Sache klar. „Wir wollen unseren Patienten dienen“, sagt die Aufsichtsratsvorsitzende des Gesundheitsnetzes Frankfurt (GNEF). In diesem Verbund haben sich mittlerweile 35 Praxen zusammengeschlossen, um die eigene Versorgungsqualität zu erhöhen. Dass dies gelingt, zeigt die Quatro-Auszeichnung (Qualität in Arztnetzen Transparenz mit Routinedaten) der AOK Hessen, welche die Frankfurter zum dritten Mal in Folge in Gold erringen konnten.

Dabei werden die einzelnen Praxen nach der Behandlungsqualität analysiert. Kernfragen sind, wie diagnostiziert und behandelt wird, aber auch Kooperationen, Fortbildungsangebote und die Festlegung von Behandlungspfaden stehen im Fokus. All das hat das GNEF erarbeitet und bietet nicht nur Weiterbildungen für die Ärztinnen und Ärzte an, sondern auch für die medizinischen Fachangestellten der Praxen.

„Unsere Arbeit wird zudem extern evaluiert“, sagt Carola Koch, Vorstandsvorsitzende der Genossenschaft GNEF. Zwar sind viele der Praxen im Verbund Hausärzt:innen aber es gebe auch Facharztpraxen und sogar eine intersektionelle Zusammenarbeit, beispielsweise mit Krankenhäusern in der Stadt.

Das Gesundheitsnetz hat seine Wurzeln im Frankfurter Westen, doch mittlerweile sind auch Praxen aus anderen Teilen der Stadt dazugestoßen. Über weitere Mitglieder würde sich der GNEF-Vorstand freuen. „Wir wissen, dass die Belastung hoch ist“, sagt Koch. Weiterbildungen im Netz würden da als zusätzlicher Druck empfunden. „Der Mehrwert überwiegt aber“, sagt Nils von Hentig, der ebenfalls im Vorstand sitzt. Als Beispiele

nennt er die Steigerung der Versorgungsqualität und Verbesserung von Abläufen in der Praxis. Koch ergänzt: „Man muss es erfahren, um überzeugt zu sein.“ Wer einmal einen Abend im Qualitätszirkel miterlebt habe, wolle wiederkommen.

Doch das GNEF stößt auch eigene Projekte und Forschungsaufgaben an. Eines der längsten ist dabei das Demenzprojekt. Vor zehn Jahren startete man auf diesem Gebiet. „Weil es ein Krankheitsbild war, das zunahm

und heute auch noch zunimmt“, erklärt Koch. Ziel war es mit bereits bestehenden Mitteln die Versorgung der Betroffenen zu verbessern. Dazu stellte GNEF eine Versorgungsassistentin ein, die die Erstellung eines individuellen Hilfeplans übernahm. So sei es gelungen, mit einer Halbtagsstelle 80 bis 100 Menschen zu versorgen. Die Finanzierung übernahm zu Anfang das Land Hessen.

Später griff das Deutsche Zentrum für Neurodegenerative Er-

krankungen in Greifswald das System auf und startete 2021 das Demenzprojekt Independent, das mit einer Studie begleitet wurde. GNEF wurde Partner des Projekts, wodurch es auch in Frankfurt staatlich geprüfte „Dementia Care Manager“ gab. Ende August läuft das Projekt aus, bis Januar überbrückt das Gesundheitsnetz die Kosten für die eine Stelle noch, danach ist die Finanzierung unklar. „Das Angebot hat viel Entlastung gebracht“, sagt Koch, die hofft, dass die Förderung vielleicht noch verstetigt wird.

Ein Beispiel für Forschungsarbeit ist eine Studie zum Thema Polypharmazie. Dazu erklärt Nils von Hentig: „Mit zunehmendem Alter, nehmen unsere Patienten auch immer mehr Medikamente zeitgleich ein.“ Mitunter könnten es bis zu 20 sein. Niemand könne dann mit Gewissheit sagen, ob und welche Wechselwirkungen es zwischen den Präparaten gebe. Deshalb wertete man 500 Arzneimittelpläne aus, um mögliche Beeinflussungen zu erkennen. 2021 gab es einen Abschlussbericht. Wo man auffällige Gruppen identifizierte, wurde später in Schulungen im GNEF kommuniziert. „Jedes Jahr gibt es 30 000 Einweisungen wegen Wechselwirkungen. 3000 Menschen sterben daran“, verdeutlicht von Hentig die Bedeutung des Themas.

Als neuestes Forschungsthema hat der Facharzt für Klinische Pharmakologie mit Schwerpunkt HIV Diskriminierung im Gesundheitswesen auf dem Schirm. Von Hentig sagt, dass 60 Prozent der HIV-Patientinnen und -patienten einmal im Jahr beim Arzt diskriminiert würden. „Wir müssen bei dem Thema sehr viel Wissen aufholen.“ Es gehe auch darum, Ängste zu nehmen und ein hessenweites Netzwerk zu schaffen, das sich des Themas annahme.



Demenzvorsorge: Karten spielen gegen das Vergessen.

ROLF OESER